

© Luxemburger Wort

## Unterschiedliche Blickwinkel

Vom Gerichtsurteil zur längst aufgegebenen  
POS-Prozedur für Steinforter  
Flüchtlingsstruktur und diversen  
Interpretationen

VON LUC EWEN

**Ein Gerichtsurteil sorgte dieser Tage für Euphorie bei den Gegnern der geplanten Struktur für Flüchtlinge am Steinforter Bahnhof. Doch auch Minister François Bausch sieht sich eher bestätigt denn abgestraft.**

„Das Projekt Containerdorf Steinfort ist, zumindest der Form nach tot“, so schreibt die Bürgerinitiative „Kee Containerduerf am Duerf“ in einer Pressemitteilung und bezieht sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes vom 14. Dezember, das die bereits von der Regierung aufgebene POS-Prozedur, nun auch der Form nach, annulliert. Schon im Oktober 2017 hatte Nachhaltigkeits- und Infrastrukturminister François Bausch (Déi Gréng) im LW-Interview zu verstehen geben, dass die Regierung ein „Containerdorf“ wie es anfangs am Steinforter Bahnhof geplant war, so nicht mehr weiterverfolgen würde.

Bausch sagte damals, „Wir reden jetzt von einer Struktur für 100 Personen“. Dem vorausgegangen war ein Streit mit dem damaligen Bürgermeister Jean-Marie Wirth (CSV). Der hatte verlangt, weiter die Prozedur des Flächennutzungsplanes (POS) zu verfolgen, während Bausch von juristischen Unklarheiten sprach und die Gemeinde aufforderte, eine punktuelle Abänderung des allgemeinen Bebauungsplanes (PAG) vorzunehmen, um ein Gebäude für die Struktur errichten zu können.

Im Gespräch mit dem LW wiederholt François Bausch dies nun und fügt hinzu, dass das rezente Gerichtsurteil überhaupt nichts mit der Idee zu tun habe, das Gebiet am ehemaligen Bahnhof

dürfe nun nicht mehr bebaut werden. „Wir hatten die POS-Prozedur gewählt, zu einem Zeitpunkt, da wir mit einem großen Andrang an Flüchtlingen zu tun hatten und wir von einer Dringlichkeit ausgegangen sind.“ Damals habe man geglaubt, so schneller voranzukommen. „Einige unserer Nachbarländer haben damals Sporthallen requisitioniert. Das wollten wir nicht, um Konflikte mit der Lokalbevölkerung zu vermeiden. Wir dachten damals, die POS-Prozedur würde uns schnell erlauben, neue Gebäude zu schaffen.“ Als sich herausgestellt habe, dass diese Prozedur juristische Probleme, zum Beispiel, was den Begriff der Dringlichkeit angeht, mit sich bringt, habe man sie nicht weiter verfolgt. Warum wurde sie dann nicht annulliert? „Dafür hätten wir eine neue, aufwendige Prozedur zur Annullierung der ersten Prozedur starten müssen.“ Dass das Gericht diese nun annulliert habe, sei also eher eine Bestätigung, denn ein Problem.

### **Treffen zwischen Minister und Schöffenrat soll Klärung bringen**

Nun sei es erst einmal wichtig auszuloten, was der neue Schöffenrat bereit sei mitzutragen. „Die alternativen Vorschläge unter Bürgermeister Wirth waren nicht annehmbar“, so Bausch. Das alte Pfarrerhaus zum Beispiel sei zu klein und renovierungsbedürftig gewesen. Dem Minister schwebt der Bau einer dauerhaften Struktur am ehemaligen Bahnhof für rund 100 Menschen vor. Wie die genutzt wird, hänge davon ab, wie man sich mit der Gemeinde einigt.

Vorstellbar wäre, dass sich die Bewohner zu gleichen Teilen aus sozial Bedürftigen und Flüchtlingen zusammensetzen würden. Wie im Oktober verkündet, wäre dann nicht mehr unbedingt von „Demandeurs de protection internationale“ (DPI) die Rede. Ende Januar/Anfang Februar soll ein Treffen mit dem neuen LSAP-Déi-Gréng-Schöffenrat stattfinden. „Wenn man uns dann ein anderes Gelände vorschlägt, kann man auch darüber reden“, so Bausch.

Der neue Bürgermeister von Steinfort, Guy Pettinger (LSAP), zeigte sich auf LW-Nachfrage hin zurückhaltend. Man habe

kürzlich eine Immobilie ersteigert, die man dem Minister vorschlagen wolle. Ob der Standort am Bahnhof nun vom Tisch ist, dazu könne er vor dem Treffen nichts sagen, so Pettinger. Allerdings weist er darauf hin, dass mit diesem Standort Unklarheiten verbunden seien, wie etwa ein Fledermausvorkommen.

Dabei hatte es bereits zuvor unter Berufung auf die bereits vollzogene strategische Umweltprüfung geheißen, dass solche Bedenken widerlegt seien. Ob unter der neuen Führung in Steinfurt also mehr Wille zum Finden einer Lösung vorhanden ist, bleibt demnach abzuwarten.

---

Luxemburger Wort vom Freitag, 22. Dezember 2017, Seite 20